

GRUNDSATZERKLÄRUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESELLSCHAFT VON 1947 E.V. VOM 1. NOVEMBER 1947

Die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Notlage in Deutschland ist das Ergebnis der politischen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Im Hinblick auf das Gesamtwohl des Volkes kann die notwendige Neuordnung weder nach abstrakten Theorien noch allein nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Die bisherigen Ansätze eines neuen politischen Lebens sind nicht ermutigend, weil in weiten Kreisen des Volkes das Vertrauen in den Sinn der politischen Arbeit erschüttert ist. Die entscheidende Rolle des Menschen und der Persönlichkeit als produktive Kraft in allen Wirtschaftszweigen ist überwuchert und in den Hintergrund gedrängt durch anonyme Apparate und verblaßte Begriffe. Die Gefahren, die sich aus einer derartigen Entwicklung für das gesamte Volk ergeben müssen, gilt es abzuwenden.

Um zu einer Neuordnung beizutragen, ist die **„Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“**

in Frankfurt am Main gegründet worden.

Die Gesellschaft betrachtet es als ihre wesentliche Aufgabe, an den geistigen und praktischen Grundlagen für den lebensnahen Aufbau einer sozial verpflichteten Wirtschaft mitzuarbeiten und sich dabei von Vorurteilen und Gegensätzen der Vergangenheit frei zu halten.

Die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“ sieht die Lösung dieser Probleme in der Zusammenfassung und Aktivierung wirtschaftlich interessierter Deutscher auf der Basis der folgenden Grundsätze.

Darüberhinaus will die Gesellschaft dazu beitragen, das Interesse der breiten Masse unseres Volkes an wirtschaftlichen Fragen zu för-

dern und durch geistigen Brückenschlag zum Ausland sowohl im Inland als auch im Ausland für eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung und ein Verständnis der deutschen wirtschaftlichen Notwendigkeit zu werben.

Dieses Ziel will die „Wirtschaftliche Gesellschaft von 1947“ erreichen u. a. durch

Pflege des geistigen Austausches mit allen dazu bereiten, an Wirtschaft und Politik interessierten Kreisen des In- und Auslandes,

Sammlung und Verarbeitung von wirtschaftlichem Material und dessen Verwertung bei Arbeitstagen, in Denkschriften, Gutachten, Presse und sonstiger Publizistik,

Vermittlung ausländischen wirtschaftlichen Gedankenguts an die deutsche Öffentlichkeit und Unterrichtung des Auslandes über Deutschlands Probleme,

Pflege des persönlichen Kontakts zwischen Deutschen und Ausländern.

Zur Erfüllung dieser wichtigen und umfassenden Aufgaben ruft die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“ alle wirtschaftlich interessierten Deutschen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Beruf auf, sich als Mitglied anzuschließen.

Grundsätze der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947

Nationalsozialistische Kriegswirtschaft, Kriegsverwüstungen, Eingriffe der Siegermächte, Zersplitterung von Recht und Verwaltung, Hunger und Währungs-Chaos sind die Hauptursachen der Lähmung der deutschen Wirtschaft. Trotz umfangreicher Zuschüsse der Besatzungsmächte befindet sich die Wirtschaft in einem Zustand fortschreitender Auszehrung. Wesent-

liche Voraussetzungen für eine Gesundung sind deutscher Einflußnahme noch entzogen.

Die Lähmung der Wirtschaft führt zur Verelendung der Menschen, zur Zersetzung des Gemeinwesens und zum Verfall des staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühls. Die Abhängigkeit der Menschen vom reibungslosen Ablauf der modernen Wirtschaft ist so groß, daß deren Störungen und Lähmungen das Einzelschicksal entscheidend beeinflussen können, das Schicksal der Masse der Menschen aber unausweichlich bestimmen.

Daß daher die Wirtschaft im weitesten Sinne das ganze Volk angeht, ist niemandem mehr zweifelhaft. In einem demokratischen Gemeinwesen trifft die Verantwortung für die Wirtschaft nicht nur die in ihr und für sie Tätigen, sondern das ganze Volk als gemeinsamen Träger der staatlichen Ordnung.

Zwei Jahre nach dem Zusammenbruch und der Auflösung des nationalsozialistischen Staates offenbart sich die ernsteste Spaltung, der ein Gemeinwesen ausgesetzt sein kann, immer deutlicher: die Spaltung zwischen Rechtsordnung und Rechtsbewußtsein. Das an sich so gesetzesfromme und disziplinierte deutsche Volk ist in einen Zustand geradezu souveräner Nichtachtung der Gesetze geraten. Ein aufreibender, oft illegaler Kampf um die primitivsten Lebensbedingungen hält es ab von geregelter Arbeit und rationeller Produktion.

Der wichtigste Träger wirtschaftlichen Geschehens, der Betrieb, ist in eine bedenkliche Unruhe geraten. Die betriebliche Ordnung leidet vielfach darunter, daß die Menschen sich nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen. In weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft entsteht wieder das Gefühl, daß der Arbeiter beiseite stehen muß und daß er ohnmächtig einem anonymen Apparat ausgeliefert ist. Viele Unternehmer aber fürchten, daß gute Einvernehmen mit ihren Arbeitern im Betriebe durch betriebsfremde Einflüsse zu verlieren. Diese Gefühle verhärten sich durch das Darniederliegen der gemeinsamen geregelten Arbeit und den Mangel eines angemessenen Arbeitsentgeltes. Unfruchtbares Grübeln und Politisierung des Betriebslebens sind die Folge.

Die Maßnahmen der angestrebten politischen Befreiung berühren in ihrer pedantischen Breite und Starrheit unmittelbar oder mittelbar breitesten Schichten arbeitsfähiger Menschen. Sie dienen vielfach nur als allzu bequeme Mittel politischer Diffamierung. Sie lähmen Arbeitsfreude und Verantwortungsbereitschaft.

Angesichts der Not vermißt das Volk in Haltung und Arbeit der Regierungen und politischen Parteien einen gesunden Realismus. Es sieht sich erneut in die Welt der politischen Schlagworte gezogen, die es als unwirklich und überholt empfindet und denen es in einer kritischen, oft nihilistischen Haltung gegenübersteht. Regierungen und Parteien haben es bisher nicht verstanden, die politischen Kräfte des Volkes zu wecken und dessen im Grunde noch gesunde und weitgespannte Interessen in eine positive Mitarbeit beim Wiederaufbau des Staates und der Wirtschaft umzumünzen.

Die Wirtschaft der Vorkriegszeit hat auf vielen Gebieten die Unternehmerfunktion an Organisationen abgegeben. Der nationalsozialistische Staat hat diese Positionen nach und nach in sein System der totalen Staatswirtschaft einbezogen. Die nationalsozialistische Wirtschaftsordnung ist gescheitert. Der jetzige Versuch, die zusammengebrochene totale Kriegswirtschaft unter dem Motiv der sozialen Verpflichtung in der Not des deutschen Volkes für friedliche Zwecke fortzusetzen, bricht zusammen.

Die regionale Aufspaltung beschleunigt diesen Zusammenbruch. Leerlauf der Bürokratie und Korruption sind die Folgeerscheinungen.

Neue Zentralisierung allein würde diese Entwicklung nicht auffangen, äußerer Zwang oder bloßer Idealismus würden keinen Wandel schaffen. Aus falsch verstandener Demokratie und in dem abwegigen Bestreben, die offenbaren Fehlleistungen der neuen Staatswirtschaft zu decken, hat man die Bildung einer konstruktiven öffentlichen Meinung und eines miterlebenden staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühls versäumt.

Das Auseinanderfallen der Wirtschaftspolitik in Industrie- und Handelspolitik, Agrarpolitik, Währungs-, Kredit- und Steuerpolitik, Arbeits-

und Sozialpolitik, wie wir es jetzt in Deutschland erleben, wirkt jeder umfassenden Ordnung entgegen. Die Versuche einer Koordinierung sind in ersten Anfängen steckengeblieben.

Der wirtschaftliche und politische Verfall ist in Deutschland in besonders starkem Maße zutage getreten, er ist aber nicht auf Deutschland beschränkt. Es zerfallen nicht nur die innerstaatlichen Rechtsordnungen und die Fähigkeit der Menschen, sich selbst zu regieren, wir erleben auch einen Zerfall der internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung.

Die Nationen draußen bemühen sich mit großem Ernst um deren Neuaufbau, weil das Fehlen der internationalen Ordnung jede sinnvolle Zusammenarbeit unmöglich macht. Ohne diese kann es keinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg geben, weder für Deutschland noch für die übrige Welt.

Ohne wirksame Hilfe des Auslandes kann das deutsche Volk nicht wieder gesunden. Fremde Hilfe aber können wir nur erwarten, wenn im Ausland Verständnis für die deutsche Wirtschaftslage herrscht und bei den engen Verflechtungen und Abhängigkeiten der Weltwirtschaft auch die deutsche Beteiligung richtig gewertet wird. Die jahrelange Isolierung Deutschlands hat nicht nur den Zugang Deutschlands zu den Weltmärkten, sondern auch die geistige Verständigung unterbrochen.

Das deutsche Volk wehrt sich nach bitteren Erfahrungen gegen die Vorstellung, wiederum einer einzigen Weltanschauung huldigen zu sollen. Es scheut Unfreiheit und geistigen Stillstand, die ein solches System notwendig mit sich bringt. Daher lehnt es auch den Gedanken ab, daß früher oder später die östliche Zentralverwaltungswirtschaft, die in diesem Geiste wurzelt, das Schicksal ganz Deutschlands werden müsse.

Der Klassenkampf und jede darauf gegründete Politik wird von nachdenkenden Menschen als überlebt empfunden. Der Deutsche neigt weder zur kollektiven Wirtschaftsordnung, noch zur kollektiven Lebensform. Er will eine Verbesserung seiner individuellen Lage und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle zur Entwicklung der freien Persönlichkeit.

Die Vorstellung, daß umgekehrt die Wirtschaft erst in einem hemmungslosen Spiel freier Kräfte und allein in der Isolierung vom Osten gedeihen könne, entspricht ebenfalls nicht dem deutschen Empfinden.

Wir glauben, daß das deutsche Volk eine Lösung will, die aus den deutschen Verhältnissen und Erfahrungen entwickelt wird. Wir haben in unserer Generation genügend Erfahrungen gesammelt, um eine solche Lösung zu erarbeiten. Nur müssen die Vertreter verschiedener politischer Ansichten parteitaktische und machtpolitische Gesichtspunkte beiseite lassen, sich ohne persönliche Feindschaften und sachliche Vorurteile an einen Tisch setzen und die Arbeit um der gemeinschaftlichen Sache willen beginnen. Nur so können wir die echten Meinungsverschiedenheiten auffinden und zu praktischen Lösungen gelangen, die es gestatten, ein gesundes politisches und wirtschaftliches Leben aufzubauen.

Die Mitglieder der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“ halten es für ihre staatsbürgerliche Aufgabe, mit aller Kraft an einer Lösung mitzuarbeiten, die diese Erkenntnisse berücksichtigt.

Sie wollen die nachfolgenden Grundsätze vertreten, die sich als im deutschen Volk weitverbreitete, nur bisher nicht gesammelte Meinungen ansehen.

Die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“ stellt sich die Aufgabe, diese Grundsätze im einzelnen weiter zu entwickeln und sie im geistigen Austausch mit allen interessierten Menschen zu vertiefen und zu ergänzen.

Hierbei geht die Gesellschaft davon aus, daß in der allgemeinen politischen Diskussion auch das Gedankengut des fortschrittlichen, seiner sozialen Verpflichtung bewußten Unternehmers einen wesentlichen Beitrag leisten muß.

Die Grundsätze beruhen auf einem Standpunkt jenseits aller Parteipolitik.

1. Die scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten, die unsere wirtschaftliche Lage bestimmen, verpflichten uns umso mehr zu

aktiver politischer Tätigkeit, als die öffentlichen Einrichtungen versagen. Wir müssen durch Arbeit und Beispiel zur Aenderung dieser Verhältnisse beizutragen suchen.

2. Die Verantwortung für die Wirtschaft kann von breiten Kreisen nur getragen werden, wenn diese die wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge erkennen. Nicht nur die in der Politik und Verwaltung tätigen Menschen, sondern auch die allgemeine Oeffentlichkeit muß über wirtschaftliche Fragen viel weiter als bisher aufgeklärt werden. Sie muß sich ein eigenes Urteil bilden und dies in die Waagschale werfen können.

Die in der Wirtschaft Tätigen sind aus der Enge des Sachverständigentums und der bloßen Interessenvertretung herauszuführen und für eine staatsbürgerliche Mitarbeit an der Politik zu interessieren.

Darüberhinaus ist allgemein die wirtschaftliche Bildung des deutschen Volkes zu heben und Wirtschaft überhaupt erst zu einem Gegenstand der Bildung zu machen. Die sogenannte Allgemeinbildung in Deutschland ist bisher entweder einseitig ästhetisch-historisch oder naturwissenschaftlich-technisch orientiert. Eine Erziehung zum vorurteilsfreien Denken ist für die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen von entscheidender Bedeutung. Sie muß nachdrücklich gepflegt werden.

3. Nur durch Einordnung der eigenen Interessen in die übergeordneten Ziele der Gesamtheit kann auch der Einzelne erst zu seinem Recht kommen. Einzelerfolge helfen auf die Dauer nur, wenn sie in der Linie einer allgemeinen Gesundheit liegen. Das gilt für die Wirtschaft des einzelnen Betriebes sowohl wie für einzelne Wirtschaftszweige und einzelne deutsche Länder.

4. Die Spaltung zwischen Rechtsordnung und wirtschaftlichem Leben muß beseitigt werden. Wer unter Berücksichtigung aller sich aus der allgemeinen Notlage ergebenden

Verpflichtungen und Rücksichtnahmen volkswirtschaftlich nützlich handelt, darf nicht durch Gesetze, die die gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen ignorieren, zum Rechtsbrecher gestempelt werden.

Die rechtsstaatliche Ordnung und in ihr die Rechtssicherheit auch gegenüber den öffentlichen Organen sind wieder herzustellen. Ein allgemein verbindliches Wirtschaftsrecht muß allen, die in Deutschland Wirtschaft treiben, grundsätzlich wieder gleiche Rechte und Pflichten geben.

Das allgemeine deutsche Wirtschaftsrecht ist der Zuständigkeit der Ländergesetzgebung vollständig zu entziehen. Entgegenstehende partikuläre Bestimmungen sind aufzuheben und der Regelung durch eine höhere Instanz vorzubehalten.

5. Zwischen Staat und Verbraucher steht der Betrieb. Er allein schafft und verteilt die Güter, die die Menschen brauchen. Der Betrieb hat daher Anspruch auf ein gesundes Eigenleben.

Die betriebliche Ordnung muß auf dem Vertrauen der in dem Betrieb Tätigen aufgebaut sein. Unternehmensleitung und Betriebsvertretung sind verantwortlich für erfolgreiche Zusammenarbeit und sozialen Frieden. Die rechtliche und betriebswirtschaftliche Verantwortung der Unternehmensführung muß unteilbar bleiben. Die Betriebsvertretung trifft keine handelsrechtliche Haftung. Die Arbeitnehmer sollen aber mitwirken am betrieblichen und wirtschaftlichen Geschehen.

Das Mitwirkungsrecht der Belegschaft darf kein Kampfmittel sein für Kräfte, die außerhalb des Betriebes stehen.

6. Die Maßnahmen der politischen Befreiung sind auf eine neue Grundlage zu stellen, die deutlich zwischen Verbrechen und politischem Irrtum unterscheidet. Nationalsozialistische Methoden der Gesinnungsschnüffelei und Diffamierung dürfen nicht für demokratische Ziele gebraucht werden. Wertvolle Kräfte, die willens und in der Lage

sind, am friedlichen Aufbau mitzuarbeiten, sollen nicht nach schematischen Regeln brachgelegt und in eine gefährliche Negierung der Demokratie getrieben werden.

7. Weltanschauliche und dogmatische Auseinandersetzung müssen hinter den gemeinsamen praktischen Aufgaben der Notwirtschaft zurücktreten.

Es geht zunächst allein um die Hebung des Lebensstandards der breiten Masse. Dies ist nur durch eine Steigerung der Erzeugung zu erreichen. Alle Maßnahmen hierfür, insbesondere die Wiederherstellung des Geldes, müssen den Vorrang genießen vor allen anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

8. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik ist auf allen Gebieten anzustreben. Der Staat muß sich auf die Lenkungsaufgaben beschränken, die von einzelnen oder Betrieben, allein oder gemeinsam, nicht gelöst werden können. Sie liegen grundsätzlich auf den Gebieten der indirekten Lenkung, z. B. der allgemeinen Rechtssetzung, der Geld- und Kreditpolitik, der Steuer- und Sozialpolitik und der ständigen Sicherung der Funktionsfähigkeit der Märkte.

Diese Maßnahmen sollen systematisch und grundsätzlich den freien Leistungswettbewerb wiederherstellen, dem Anreiz zum Sparen und zur Wirtschaftlichkeit der Unternehmens- und Lebensführung auf der Grundlage des Geldes. Sie sollen wirtschaftliche Machtstellungen bekämpfen. Abzulehnen ist auch die Errichtung einer wirtschaftlichen Hausmacht des Staates. Der Staat soll selbst über fiskale Sicherheitsbedürfnisse hinaus kein Kapital bilden und die private Kapitalbildung nicht an sich ziehen. Öffentliche Mittel sollen nicht für wirtschaftliche Wagnisse aufgewendet werden, es sei denn, daß volkswirtschaftlich notwendige Aufgaben anders nicht zu lösen sind.

Der Staatsapparat ist auf allen die Wirtschaft berührenden Gebieten zu vereinfachen

und abzubauen. In dem Maße wie es gelingt, diesen Abbau zu verwirklichen, muß es auch gelingen, das Bestechungswesen in der Wirtschaft und bei den Behörden erfolgreich zu bekämpfen.

Staatliche Planung in Produktion und Verteilung durch unmittelbare Eingriffe in das Wirtschaftsleben als wirtschaftspolitisches Prinzip ist abzulehnen.

Staatliche Anordnungen an einzelne Betriebe sind auf das Mindestmaß dessen zu beschränken, was volkswirtschaftliche Aufgaben in ganz besonderen Fällen erfordern.

9. Den Grundsätzen der Marktwirtschaft: freie Konsumwahl, Freizügigkeit und freie Berufswahl als Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs muß auch schon in der Mangelwirtschaft möglichst weitgehend Geltung verschafft werden.

Die Wirtschaft muß wieder auf den Boden der besten Leistung gestellt werden, also des wirtschaftlichen und beruflichen Wettbewerbs und damit auf die Persönlichkeit und das Wagnis. Nur, wo der Wettbewerb versagt, darf der Staat eingreifen und auch da in erster Linie mit dem Ziel, die Voraussetzungen für einen Wettbewerb zu schaffen.

Die beste Leistung als Maßstab des Erfolges verpflichtet jedes Unternehmen in erster Linie: wirtschaftlich richtig zu handeln und für die Folgen wirtschaftlicher Fehlleistungen mit seinem ganzen Ruf und Vermögen einzustehen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, notleidende Unternehmen zu sanieren.

Diese Grundsätze sind für jeden Beruf und für jedes Unternehmen in der Wirtschaft der privaten, wie der öffentlichen Hand zur Geltung zu bringen.

10. Privateigentum und Erbrecht sind anzuerkennen als entscheidende kulturfördernde Grundlage wirtschaftlichen Strebens. Zugleich ist eine Verpflichtung der Sach- und Geldwerteigentümer gegenüber der Ge-

samtheit anzuerkennen, an den Schäden mitzutragen, die durch Krieg und Maßnahmen der Siegermächte entstanden sind. Ueberführung von Privateigentum in Gewerbe, Landwirtschaft oder Forstwirtschaft auf die öffentliche Hand oder die Aufteilung von land- oder forstwirtschaftlichem Besitz sollen nur erfolgen, wenn volkswirtschaftliche oder betriebswirtschaftliche Aufgaben anders nicht erfüllt werden können.

Weltanschauliche Gründe allein dürfen nicht zur Sozialisierung und Bodenreform führen.

11. Die geistige Entwicklung im Ausland, insbesondere auf wirtschaftspolitischem Gebiet, und die Bestrebungen zum Neuaufbau einer internationalen Rechts- und Wirtschaftsordnung sollen in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Intensive Pflege der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen ist eine dringliche Aufgabe. Die persönlichen und sachlichen Verbindungen mit den Trägern der ausländischen Wirtschaft sind wiederherzustellen, neu zu knüpfen und zu pflegen. Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sind der öffentlichen Meinung geläufig zu machen, Kenntnisse über das Ausland in Deutschland zu sammeln und zu verbreiten und das Ausland über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu unterrichten. Eine Mitwirkung Deutscher bei der Bildung der internationalen öffentlichen Meinung muß erreicht werden.

12. Der in Deutschland viel verachtete und im totalitären Staat verfehlmte Kompromiß ist ein wertvolles und unentbehrliches Mittel der praktischen Demokratie. Er kann oft den einzigen Ausweg aus einer Notlage weisen. Sein ethischer Wert als sinnvolle und notwendige Grundlage der Politik muß erkannt und geachtet werden. Er verlangt von jedem Einordnung in die gegebenen Notwendigkeiten und wird durch diese gerechtfertigt.

Wir verabscheuen die Intoleranz und die durch sie ausgelöste Unfreiheit der menschlichen Lebensäußerungen. Intoleranz ist die Quelle der geistigen Tyrannei und, von hier fortschreitend, die Stütze des politischen Terrors.

13. Wir lehnen es aus einem überparteilichen Verantwortungsgefühl ab, einseitige Interessen der Wirtschaft oder einzelner Wirtschaftszweige gegenüber der Allgemeinheit zu vertreten.

Wir wollen keine Rückkehr zur Interessenpolitik der Wirtschaft, die zu Lasten der Allgemeinheit nach Staatshilfe ruft, wenn es schlecht geht, und die den Staat überspielt, wenn es gut geht. Wir haben auch erlebt, wohin es führt, wenn kurzsichtige, nur ihre eigenen vermeintlichen Augenblicksinteressen verfolgende Unternehmer sich vor den Wagen des Staates spannen lassen. Die Gefahr des Mißbrauchs der Wirtschaft durch den Staat ist noch größer, wenn der Staat selbst wirtschaftet oder durch Organisationen wirtschaften läßt, die

ihm politisch hörig sind. Solche Bestrebungen wie sie in Wirtschaft und Politik immer wieder eine verderbliche Rolle spielen, halten wir für eine wesentliche Ursache des Verfalls, der zum totalen Staat führt.

Wir wollen eine freie, sozialverpflichtete und in diesem Rahmen verantwortlich denken-

de und diszipliniert handelnde Wirtschaft aufbauen. Die Wirtschaft soll, von der freien Persönlichkeit getragen und weiterentwickelt, Arbeit, Brot und Lebensfreude geben.

Frankfurt a. M., 1. November 1947.

Rudolf Mueller
Frankfurt/M

Otto Klepper
Frankfurt/M

Kurt Pentzlin
Hannover

Ernst Deissmann
Düsseldorf

Kurt Blaum
Frankfurt/M

Ludwig Erhard
München

Alfred Petersen
Frankfurt/M

Hubert A. Sternberg
Heidelberg

Walter Bargalzy
Baden-Baden

Joseph Horalz
Köln

Erich Raemisch
Krefeld

Paul Binder
Tübingen

Reinhard Kloepfer
München

Walter Reinhold
Hannover

William Borm
Berlin

Albrecht Freiherr Knigge
Pallensen/Leine

Franz Reuter
Berlin

Edmund Frohne
Frankfurt/M

Christian Krull
Hamburg

Albert Schäfer
Hamburg

Gerhard Geyer
Hamburg

Christian Kuhlemann
Hannover

Franz Schily
Bochum

Theodor Goldschmidt
Essen

Richard Merton
Frankfurt/M

Fabian von Schlabrendorff
Wiesbaden

Franz Greiß
Köln

Gustav Meyer
Bremerhaven

Erich Edgar Schulze
Duisburg

G. W. Harmssen
Bremen

Karl Friedrich Müller
Berlin

Hans-Christoph Seebohm
Hannover-Braunschweig

Charly Hartung
Lübeck

Volkmar Muthesius
Frankfurt/M

Bernhard Skrodzki
Berlin

Wilhelm Heile
Syke b. Bremen

Walter Nadolny
Berlin

Walter Strauß
Wiesbaden

Ehrhart Heldmann
Bremen

Rudolf Petersen
Hamburg

Franz Ströbele
Daumühle

Günther Henle
Duisburg

Robert Pferdenges
Köln

Otto A. H. Vogel
Augsburg

Theodor Heuss
Stuttgart

Werner Plappert
Heidenheim a. d. Brenz

Paul Wesselhoeft
Hamburg